



»Wir sind nicht fertig mit den Untersuchungen«

Im Wortlaut von Petra Pau, 23. August 2013

Petra Pau ist Bundestagsvizepräsidentin und saß als Obfrau für die Linksfraktion im NSU-Untersuchungsausschuss. Mit der Parlamentarierin sprach nd-Redakteur Fabian Lambeck.

Ausschussmitglied Petra Pau (LINKE) über Erfolge, Probleme und mögliche Perspektiven des Gremiums

Der Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses liegt nun vor. Inwiefern trägt er auch die Handschrift der LINKEN?

Petra Pau: Es ist dem Ausschuss gelungen, einen ausführlichen gemeinsamen Bericht zu erstellen, ohne die üblichen parteitaktischen Auseinandersetzungen. Das gilt für die Feststellungen und Bewertungen, die Schlussfolgerungen für die Änderung der Sicherheitsarchitektur wie für die noch wichtigere Präventionsarchitektur.

Insofern trägt dieser gemeinsame Bericht auch die Handschrift der LINKEN. Dazu kommen fünf ergänzende Voten der Fraktionen, wo weitergehende Positionen dargestellt werden.

Wo lagen Ihre Schwerpunkte?

Für mich war ausgesprochen wichtig, dass wir uns der Frage zuwenden, warum so lange und so gründlich die Gefahr, die vom Rechtsextremismus für die Gesellschaft ausgeht, unterschätzt wurde. Im Bericht finden Sie auch unsere Beurteilung, dass er immer noch unterschätzt wird. Sowohl bei den Sicherheitsbehörden als auch bei den politisch Verantwortlichen.

Der Untersuchungsausschuss hat 47 Empfehlungen ausgesprochen. Welche halten Sie für besonders wichtig?

Wir waren ja mit der Tatsache konfrontiert, dass nahezu im gesamten Ermittlungszeitraum ein rassistisches oder rechtsextremes Motiv ausgeschlossen wurde. So ist mein Fazit, dass die Ermittlungen rassistische Züge getragen haben oder – wie es im Bericht formuliert ist – »vorurteilsbehaftet« waren. Ich halte es für wichtig, dass in Zukunft bei schweren Straftaten zum Nachteil von Bürgern mit ausländischen Wurzeln von Amts wegen auch nach einem rassistischen Motiv geschaut werden muss. Dieser Punkt findet sich in den Empfehlungen wieder.

Der Bericht umfasst 1357 Seiten. Das legt den Eindruck nahe, hier seien alle Fragen beantwortet worden.

Wir sind aus meiner Sicht nicht fertig mit den Untersuchungen. Nicht, weil wir zu faul waren, sondern weil zum Teil die Aktenlieferungen schleppend liefen und manche Akten erst eintrafen, nachdem wir schon die Zeugen gehört hatten. So konnten wir die sich aus dem Aktenstudium ergebenden Fragen nicht mehr stellen. Was mir ganz besonders wichtig ist: Wir konnten die Vorgänge am 4. November 2011 in Eisenach wie auch in Zwickau,

wo zwei NSU-Mitglieder den Tod fanden, nicht
umfänglich untersuchen. Auch die Auslandskontakte
des Trios konnten wir nicht vollständig aufklären. Das
bleibt zum Teil den noch existierenden
Untersuchungsausschüssen in den Ländern
vorbehalten.

Das heißt, in der kommenden Legislatur wird es keine
Neuaufgabe des Gremiums geben?

Es ist ja bekannt, dass zur Zeit nur die FDP-Fraktion
das fordert. Aber der 18. Deutsche Bundestag ist frei
zu entscheiden, wie er mit neuen Erkenntnissen
umgeht. Außerdem sind die Empfehlungen ein
Arbeitsprogramm für das gesamte Parlament und
eine zukünftige Bundesregierung.

Und wie steht die LINKE dazu?

Die LINKE will den Weg offenhalten. Wir haben uns
darauf verständigt, dass der 18. Deutsche Bundestag
natürlich vor der Aufgabe steht, die Empfehlungen
umzusetzen. Bislang ist davon so gut wie nichts
angegangen worden. Sollte es neue Gesichtspunkte
geben, etwa durch das Verfahren in München oder
die Untersuchungen der Landesparlamente, dann
muss der Bundestag gegebenenfalls einen neuen
Untersuchungsauftrag beschließen.

neues deutschland, 23. August 2013